

Haushaltsrede 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Geschäftsführer des Städte und Gemeindebundes NRW, Herr Dr. Bernd Schneider erklärte vor kurzem, dass dank der erfreulichen Entwicklung der Steuereinnahmen und der hohen Schlüsselzuweisungen mehr Kommunen als bisher ihre Haushalte ausgleichen können. Dennoch schaffen drei von vier Kommunen trotz der guten Einnahmesituation den Haushaltsausgleich nur durch einen Rückgriff auf ihr Eigenkapital bzw. befinden sich in der Haushaltssicherung.

Und zu diesen letzteren Kommunen gehört auch die Stadt Hennef. Wir verzeichnen im vorliegenden Haushaltsplan 2019 die höchsten Einnahmen, die die Stadt Hennef jemals vereinnahmt hat. Mit 129,6 Mio. EUR steigen die Einnahmen im Vergleich zum Ist-Ergebnis 2017 deutlich.

Neben der guten wirtschaftlichen Lage spielt aber auch die Politik des Landes eine wichtige Rolle. Es ist festzustellen, dass die Landesregierung die Politik der „klebrigen Hände“ der Vorgängerregierung nicht übernommen hat. Die Zuwendungen, die an die Kommunen gegeben werden, sind gestiegen. So hat das Gemeindefinanzierungsgesetz 2019 die Kommunen deutlich stärker in den Fokus gehoben. Bundesmittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz werden zum Beispiel 1:1 an die Kommunen

weitergegeben, das Projekt „Gute Schule“ wird weitergeführt, weitere Zuschüsse für Schulsanierungen oder für die Digitalisierung stehen den Kommunen zur Verfügung.

Trotzdem zeigt dieser Haushaltsplan 2019, dass alle diese Zuwendungen und Zuweisungen nicht ausreichen, um einen ausgeglichenen Haushalt auszuweisen zu können. Wir sind weiterhin in der Haushaltssicherung.

Als Sie, Herr Bürgermeister, den Haushalt 2019 eingebracht haben, lag der Jahresfehlbetrag bei rd. 7,4 Mio. EUR. Durch Verbesserungen bei den Schlüsselzuweisungen, den Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer oder durch die Neuetatisierung der Integrationspauschale konnte der Fehlbetrag auf 6,6 Mio. EUR gesenkt werden. Es stellte sich aber bei den Haushaltsberatungen zumindest in unserer Fraktion die Frage, wieso bei den gestiegenen Einnahmen ein Fehlbetrag in dem beschriebenen Maße ausgewiesen wird. Die Analyse der Haushaltsdaten zeigte schnell, dass es schlichtweg die Folgen der von uns allen gefassten Beschlüsse sind. Wenn wir beispielsweise den notwendigen Kindergarten in der Gartenstraße beschließen, so sind neben der Investitionssumme von rd. 3 Mio. EUR auch 15 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stellenplan zu berücksichtigen. Es fallen folgerichtig jährlich Personalkosten von rd. 1 Mio. EUR und Reinigung, Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten von rd. 0,5 Mio. EUR an. Die Umsetzung aller Beschlüsse, die wir gemeinsam über das Jahr hinweg fassen, spiegelt sich in einem solchen Haushaltsplan konsequent wider.

Zudem wurde im eingebrachten Haushaltsplan 2019 die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B auf 650 Punkten berücksichtigt. Sie, Herr Bürgermeister, sind somit dem Mehrheitsbeschluss des Rates aus 2016 gefolgt. Allerdings wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen deutlich, dass die seinerzeit beschlossene Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 480 auf 490 Punkten in 2019 ebenfalls umgesetzt werden sollte. Die CDU-Fraktion plädierte zudem auf eine Absenkung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf nunmehr 640 Punkte. Dieser Vorschlag wurde im Hauptausschuss mehrheitlich auf den Weg gebracht.

Obwohl die Haushaltsslage unserer Stadt schwierig ist, stellen wir uns dieser Herausforderung und entwickeln Hennef weiter. Dies mit einer klaren Prioritätensetzung bei den erforderlichen Investitionen und mit einer nachvollziehbaren Strategie für die Weiterentwicklung wichtiger Themenfelder für die nächsten Jahre. Im letzten Jahr bemängelte unser Kollege Norbert Spanier fehlende Visionen im Haushaltsplan 2018. Ich möchte nicht das bekannte Zitat von Helmut Schmidt bemühen, wonach derjenige, der Visionen hat, einfach zum Arzt gehen sollte. Die Begrifflichkeit „Visionen“ ist bei einer Stadt,

die sich in der Haushaltssicherung befindet ziemlich hoch gegriffen. Aber wir sollten gemeinsam festhalten, dass dieser vorliegende Haushalt trotz aller Schwierigkeiten eine ganze Anzahl von Weiterentwicklungen in unterschiedlichsten Bereichen vorsieht.

Nehmen wir zum Beispiel den Schul- und Jugendbereich. So haben wir gemeinsam im Sommer mit bemerkenswerten Abschiedsfesten die erfolgreiche Zeit unserer Haupt- und Realschule beendet. Mit dem städtischen Gymnasium und den beiden städtischen Gesamtschulen haben wir für den Sekundarbereich nun eine neue Schullandschaft geformt. Diese Schulen gilt es in dem erforderlichen Maße auszubauen und auszustatten. Daneben hat sich das Gymnasium für ein Abitur nach neun Jahren entschieden. Auch dies ist in der mittelfristigen Finanzplanung zu berücksichtigen.

Im vorliegenden Haushaltsplan sind 3,5 Mio. EUR für den Bau des 7. Zuges der Gesamtschule West und für die Erweiterung der Grundschule Gartenstraße sind für die nächsten Jahre nochmals 2 Mio. EUR vorgesehen. Für die Sanierung der Dreifachturnhalle im Sportzentrum stehen unabhängig vom Brandschaden weitere 0,7 Mio. EUR zur Verfügung.

Die CDU Fraktion hat zudem im Rahmen der Haushaltsberatungen die Fassadensanierung am Gymnasium eingefordert. Diese kann sicherlich erst umgesetzt werden, wenn die erforderlichen Fördermittel fließen können. Aber über die Fassadensanierung diskutieren wir bereits seit einigen Jahren und die Notwendigkeit steht außer Frage. Wir werden dies auch weiterhin als Ziel im Blick haben.

Meine Damen und Herren, die CDU Fraktion hat aufgrund der Nachfrage nach Ganztagsbetreuungen zum wiederholten Mal den Antrag gestellt, eine Grundschule in eine gebundene Ganztagsgrundschule umzuwandeln. Die Verwaltung sollte hier bei den zuständigen Behörden eine Genehmigung abfragen. Die Bezirksregierung hat zum wiederholten Mal der Stadt eine Absage erteilt. Wir werden aber weiterhin am Ball bleiben, denn die Notwendigkeit einer gebundenen Ganztagsgrundschule steht für uns seit Jahren außer Frage.

Wir haben in den letzten Jahren große Beträge in Neu- und Ergänzungsbauten in den Kita Bereich gesteckt. Aktuell wird der Kindergarten an der Gartenstraße errichtet. Die notwendigen Mittel in 2019 sind etatisiert. Es stellt sich aber die Frage, ob wir auch in den nächsten Jahren weitere Kitas planen müssen und dies mit den Folgen höherer Personal- und Bewirtschaftungsaufwendungen. Bisher haben wir Bebauungsgebiete unterschiedlichster Größen entwickelt, wenn die Bedarfe dafür gegeben waren. Die notwendigen

Infrastrukturmaßnahmen, wie zum Beispiel die Schaffung neuer Kita Plätze, wurden im Anschluss ermittelt und umgesetzt. Soweit so gut.

Die CDU-Fraktion möchte nunmehr bei der Entwicklung neuer Bebauungsgebiete vorher wissen, welche Bedarfe an Kita-Plätzen, möglicher weiterer Schulraum, Kosten für die Schülerbeförderung oder sonstige Infrastrukturkosten auf die Stadt zukommen. Mit dem neuen Schulentwicklungsplan oder dem neuen Kindergartenbedarfsplan sollte es möglich sein, solche zusätzlichen Bedarfe durch die Neuentwicklung von Bebauungsgebieten abzuleiten. Vielleicht kommen wir so zum Ergebnis, dass es sinnvoller ist, die Entwicklung einzelner Baugebiete langsamer voranzubringen, um die Infrastrukturkosten besser im Griff zu haben.

Die Süddeutsche Zeitung sprach vor einiger Zeit vom „Millionengeschäft Kinderbetreuung“ und Spiegel online titelte „Gute Geschäfte mit der Kita GmbH“. Wir sind nicht der Meinung, dass man mit der Kinderbetreuung Millionen verdienen kann. Die kommunale Aufgabe ist klar definiert und wir alle wollen eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung. Den Bedürfnissen der Kinder und Eltern ist hier Rechnung zu tragen. Aber es entstehen immer mehr gemeinnützige Kita-GmbHs. Kommunen schließen sich zusammen und nutzen solche Organisationsformen, um die Kinderbetreuung besser gestalten, verwalten und steuern zu können. Synergien können durch größere Einheiten gewonnen werden und angeblich ist ein wirtschaftlicheres Betreiben der Kindergärten ohne Qualitätsverluste möglich. Wir sollten uns solche Projekte einmal anschauen, uns die Wirtschaftlichkeit erläutern und die Erfahrungen anderer darstellen lassen. Vielleicht ist eine solche Struktur nichts für uns, aber uns mit solchen anderen Organisationsformen zu beschäftigen, erscheint uns durchaus spannend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass aktuell bezahlbarer Wohnraum nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung steht, kann täglich der Presse entnommen werden. Dies ist aber insbesondere ein Problem in den Großstädten. Die von den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion beantragte Quotenregelung für geförderte Wohnungen bei Neubauten ist keine Lösung. Es hat sich auch in der Vergangenheit gezeigt, dass immer wieder einzelne Bauprojekte, die ausschließlich geförderte Wohnungen vorsehen, realisiert werden und dies losgelöst von jedweden Quoten. An der Mittelstraße sind 55 Wohnungen realisiert worden. Am Kuckuck werden über 20 Wohnungen errichtet und an der Wippenhohner Straße ist ein Bauobjekt mit rd. 22 Wohnungen geplant. Dabei darf es nicht bleiben. Die Fördermöglichkeiten wurden durch die Bundesregierung nochmals verbessert. Hier kann die Stadt gegebenenfalls durch Beratungsleistungen auf die Förderregelungen hinweisen. Aber

wir gehen davon aus, dass weitere Privatinvestoren in den geförderten Wohnungsbau investieren werden. Dabei scheint der angespannte Grundstücksmarkt in Hennef eher ein Problem darzustellen als fehlende Investoren.

Mit dem Integrierten Handlungskonzept für Blankenberg haben wir in Hennef im Rahmen der Regionale 2025 ein Mammutprojekt angestoßen. In Abstimmung mit den Anwohnern, unter Hinzuziehung von Fachplanern und nach intensiven Diskussionen in den Workshops werden wir ein Investitionsvolumen in den nächsten Jahren stemmen, welches wir ohne Förderungen aus der Regionale nie hätten umsetzen können. Dabei wären Ausgaben für die Sanierung der Stadtmauer, für die Erneuerung des Feuerwehrhauses und für die Verbesserung der Verkehrs- und Parkplatzsituation sowieso auf die Stadt zugekommen. Das wir diese Themen und noch einige mehr mit der Regionale 2025 angehen können, ist ein Glücksfall. Wir sollten aber den finanziellen Eigenanteil der Stadt, der sich über die Jahre auf rd. 7 Mio. EUR belaufen könnte, nicht außer Acht lassen.

Von der Erarbeitung eines Integrierten Handlungskonzeptes für die Hennefer Innenstadt haben wir uns in der ursprünglichen Form verabschiedet. Wir haben mehrheitlich beschlossen, uns auf den Schulcampus, auf die Meys-Fabrik und das Rathausumfeld zu konzentrieren. Die Entwicklung dieser Projekte werden wir aktiv begleiten und unsere eigenen Ideen und Vorstellungen einbringen. Wichtig ist uns die Einbeziehung der Anwohner und der interessierten Bürger. Allerdings sind hier die Fördermöglichkeiten abzufragen, denn ohne eine Förderung werden die Projekte nur schwerlich umzusetzen sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU Fraktion hat bereits zum letzten Haushalt eine ganze Reihe von Anträgen zum Thema „Mobilität“ eingebracht. Wir sind weiterhin fest davon überzeugt, dass wir uns intensiv mit der Frage der E-Mobilität und den dazugehörigen Ladeinfrastruktur beschäftigen müssen. Die Bundesregierung hat nun den Fördertopf für die Kommunen nochmals aufgestockt. Nur wer ein Konzept vorlegen kann und wer konkrete Maßnahmen geplant hat, kann die möglichen Förderungen abrufen.

Aktuell liegt der Stadtverwaltung ein Antrag der CDU-Fraktion vor, der das Thema nochmals vertiefen und konkretisieren wird. Demnach soll die Erstellung und Entwicklung eines Generalplans für den Aufbau eines Ladenetzes für Elektroautos in Hennef vorangetrieben werden. Durch Förderprogramme, eine wachsende E-Modellpalette bei den KFZ, aber auch einen Vertrauensverlust in konventionelle Verbrennungsmotoren ist zu erwarten, dass die Zahl der E-Fahrzeuge in den kommenden Jahren stark ansteigen wird. Man rechnet mit einem Anteil von mindestens 40 % bis 2030, so die Automobilwirtschaft. Wir wollen einfach

sicherstellen, dass wir die Entwicklung nicht verschlafen und alle Fördermöglichkeiten maximal ausnutzen. Das Thema kommt sowieso auf uns zu.

Dieser Haushalt sieht Mittel für den Straßenbau vor; es werden Mittel für den Horstmannsteg bereitgestellt; die Feuerwehr und der Rettungsdienst werden zukunftssicher aufgestellt. Ab 2020 werden die ersten neuen Feuerwehrrhäuser errichtet. Die notwendigen Mittel hierfür sind im Haushalt berücksichtigt worden. Der Produktbereich „Jugendhilfe“ erhält den größten Anteil an Haushaltsmitteln, Gebäudesanierungen sind finanziert und das digitale Parkleitsystem wird weiter vorangetrieben. Zudem sind Mittel für verschiedene Maßnahmen an der Bonner Straße enthalten, die die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer verbessern sollen. So wird es an der Kreuzung Bonner Straße/ Mittelstraße eine Fußgänger-Bedarfsampel geben. Diese hat die CDU-Fraktion neben anderen Einzelmaßnahmen beantragt und wir freuen uns, dass man sich hier unserem Antrag anschließen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU Fraktion wird dem Haushalt und dem Haushaltssicherungskonzept in der nunmehr vorliegenden Fassung zustimmen. Wir würden uns wünschen, wenn alle Fraktionen diesen Schritt mitgehen könnten. Wir müssen die von uns gewünschten Maßnahmen auch finanzieren. Wer heute gegen den Haushalt stimmt, stimmt folgerichtig auch gegen die Finanzierung dieser Investitionen. Ich habe dieses bereits letztes Jahr betont und es gilt heute ebenso.

Wie wir erfahren haben, werden die Kollegen der Fraktion Die Unabhängigen dem Haushalt wohl nicht zustimmen. Man könnte also annehmen, dass die Fraktion eine Unmenge an Änderungsanträgen gestellt, Haushaltsänderungen vorgeschlagen oder in den Fachausschüssen inhaltliche haushaltsrelevante Themen diskutiert hätten. Nichts. In der Regel kamen keine Wortmeldungen; Stille. Es gab eine Anfrage, deren Inhalt ich schon wieder vergessen habe. War wohl nicht so wichtig und einen Tag vor der Hauptausschusssitzung kam dann der Antrag, die Hebesätze zu verändern. Der erste inhaltlich relevante Antrag. Aber keine Nachfrage, welche Auswirkungen der Antrag für den Haushalt hätte, keine Nachfrage, was dieser Antrag für die Folgejahre bedeutet, keine Nachfrage, ob der Antrag Auswirkungen auf die Haushaltsgenehmigung hat. Nur die Feststellung, dass man dann ja ruhig den Haushalt ablehnen kann.

Ich persönlich stelle fest, dass man so keine verantwortungsbewusste Kommunalpolitik praktiziert. Aber es muss jeder für sich selbst entscheiden, ob er ein Mitgestalter sein möchte oder eben nicht.

Herr Bürgermeister, für das bisher Geleistete bedanken wir uns bei Ihnen und allen Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich. Ein besonderer Dank geht an die Kämmerei, die unter Leitung von Frau Weber diesen schwierigen Haushalt wieder mit viel Fleiß und natürlich großer Sachkenntnis und erneut in kurzer Zeit aufgestellt hat. Ich danke der Presse für die allzeit gute Berichterstattung. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen hier im Rat, allen Vereinen und Institutionen für ihre Arbeit für Hennef.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Hennef, den 3.12.2018